

Kenan Kolat

President of the Turkish Community in Germany

Bundsvorsitzender der Tuerkischen Gemeinde in Deutschland

[www.tgd.de](http://www.tgd.de)

## WORKING SESSION 16: DEMOCRATIC INSTITUTIONS

In demokratischen Staaten sind die vollen Buergerrechte in der Regel an die Staatsangeoerigkeit gebunden. Sicherlich kann man darueber streiten, ob dies zeitgemaess ist.

Um die Teilhabemoeglichkeiten von Menschen, die in diesen Laendern ueber laengere Zeiten leben, bedarf es jedoch unbedingt weiterer Anstrengungen.

Die Tuerkische Gemeinde in Deutschland nmacht hierzu folgende Vorschlaege:

- 1) Einfuehrung eines Wahlrechts unterhalb der nationalen Ebene, sprich kommunaler Ebene fuer Einwanderer, die mindestens seit drei Jahren dort sich mit einem Aufenthaltstitel dauerhaft aufhalten.
- 2) Durch die Staatsangehoerigkeit erlangen Einwanderer die rechtliche Gleichstellung. Aus diesem Grund sollten die Mitgliedstaaten ihre Einbuerungspraxis ueberpruefen und die Einbuerungsverfahren vereinfachen.
- 3) Die Zulassung von Mehrfachstaatsangehoerigkeiten gehoert sicherlich zu den wichtigsten Erwartung der Einwanderer.
- 4) Die Mitgliedstaaten sollten pruefen, wie sie die Teilhabemoeglichkeiten der Einwanderer erhoehen koennen. Der Erlass von Partizipationsgesetzen wie in einigen Bundeslaendern der Bundesrepublik Deutschland waere sehr begruessenswert.

- 5) Die interkulturelle Oeffnung im oeffentlichen Dienst ist mit einer Gesamtstrategie des Diversity-Konzeptes zu implementieren. Hierzu bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Debatte.
- 6) Um den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (migration background) im oeffentlichen Dienst zu erhoehen, ist es unerlaesslich, eine dem Anteil der Migranten in der Bevoelkerung entsprechende Quote einzufuehren.
- 7) Die Debatte ueber ein „gender budgeting“ ist ein wichtiger Aspekt in der Haushaltspolitik. D.h. die Ausgaben werden nach geschlechtsspezifischen Sichtweisen getaetigt. Dadurch wird der Diskriminierung von Frauen entgegengehalten. Eine aehnliche Struktur, „migration budgeting“ sollte von den Mitgliedsstaaten geprueft werden.